



Barthle-Brief

Nr. 61

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

14.09.2012

Thema der Woche:

„Deutschland geht es gut“

Einbringung des Bundeshaushalts 2013 – Kanzlerin zieht positive Bilanz der christlich-liberalen Politik

Die erste Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause hat mit der Einbringung des Haushaltsentwurfs 2013 durch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble begonnen. Danach wurden in der einwöchigen Haushaltsdebatte die Einzelpläne des Haushalts beraten. Traditioneller Höhepunkt der Haushaltswoche war die Generalausprache zur Regierungspolitik mit Bundeskanzlerin Angela Merkel an diesem Mittwoch, in der sie trotz Euro-Schuldenkrise und schwächelnder Weltkonjunktur das Fazit zog: „Deutschland geht es gut. Dies ist auch der Erfolg der christlich-liberalen Koalition!“

Im Einzelnen stellte sie fest, dass Deutschland „Stabilitätsanker und Wachstumsmotor in Europa“ sei, die niedrigste Arbeitslosenzahl seit der Wiedervereinigung habe und in absehbarer Zeit auf einen ausgeglichenen Haushalt zusteure. Gleichwohl rief die Kanzlerin die Bürger dazu auf, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen. „Ich möchte, dass wir wettbewerbsfähiger, innovativer, kreativer werden und daran arbeiten.“ In ihrer Rede ging Merkel nicht nur auf die Maßnahmen ein, mit denen die christlich-liberale Koalition die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gestärkt hat, sondern auch auf die aktuelle Situation in Europa. So begrüßte sie die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, das den europäischen Rettungsschirm ESM am Mittwochvormittag unter Vorbehalt genehmigt hatte. „Das ist ein guter Tag für Deutschland und ein guter Tag für Europa“, sagte sie. Hintergrund: Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) ist ein wesentliches Instrument zur Bewältigung der Schuldenkrise. Über ihn können hochverschuldete Euro-Staaten Hilfen bekommen, wenn sie sich im Gegenzug zu Strukturreformen und zum Schuldenabbau verpflichten.

Merkel äußerte Verständnis für die Ankündigung der Europäischen Zentralbank, Anleihen

notleidender Euro-Staaten aufzukaufen, wenn diese zuvor beim ESM Hilfe beantragt haben. Die Verknüpfung des Anleihenkaufs mit Auflagen im Rahmen des ESM-Programms empfinde die Bundesregierung „als Unterstützung unseres Kurses“, sagte sie. Insgesamt gehe es darum, das Vertrauen der Märkte in die Währungsunion wiederherzustellen. Dies könne nur gelingen, wenn die Gründungsdefizite der Währungsunion abgebaut würden und die Verbindlichkeit der Zusammenarbeit erhöht werde. Deutschland werde sich „aktiv beteiligen an der Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion“, kündigte die Kanzlerin an.

Merkel benannte in ihrer Rede auch die Herausforderungen, die der christlich-liberalen Koalition im letzten Jahr dieser Legislaturperiode noch bevorstehen, allen voran die Energiewende. Mit ihr betrete die Bundesregierung absolutes Neuland. „Kassandra-Rufe“, dass die Energiewende nicht zu schaffen sei, wies sie zurück. Wer in einem Zehntausend-Meter-Lauf schon nach 1.000 Metern schreie, dass das Ziel nicht zu erreichen sei, habe die Aufgabe nicht verstanden. Beim Umstieg auf erneuerbare Energien, beim Ausbau der Netze und bei der Gebäudesanierung dürfe man keine „Scheinbarrieren“ aufbauen, mahnte die Kanzlerin die Opposition.

Auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder stellte die Erfolge der christlich-liberalen Koalition heraus. Erstmals seit Jahren seien die sozialen Sicherungssysteme intakt, erstmals stünden keine Beitragserhöhungen ins Haus, betonte er. Dies sei eine Beruhigung für die Bevölkerung. Im Bezug auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes sprach Kauder in seiner Rede von einem „Meilenstein“. Er unterstrich die Verpflichtungen, die für die hochverschuldeten Euro-Staaten, die aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) Hilfen bekommen,

erwachsen. Es nütze nichts, Europa mit Geld zu fluten. Stattdessen müssten die betroffenen Länder die notwendigen Strukturreformen in die Wege leiten. Bei der Stabilisierung der Gemeinschaftswährung dürfe nicht die Frage außer Acht gelassen werden, wie in einem immer komplexer werdenden Europa die Parlamentsbeteiligung aufrecht erhalten werden könne. „Wir wollen nicht ein Europa der Bürokraten, sondern ein Europa der Demokraten“, betonte er.

Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Norbert Barthle erklärte zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2013: „Mit dem Haushalt 2013 setzt die Union ihre erfolgreiche Politik der wachstumsfreundlichen Konsolidierung fort. Dank unserer Ausgabendisziplin – wir sorgen für real sinkende Ausgaben – bauen wir die Neuverschuldung bei steigenden Einnahmen stetig ab und können im Jahr 2016 mit der Schuldentilgung beginnen.“

Der Haushaltsentwurf in Zahlen:

Der Bundeshaushalt 2013 sieht Ausgaben in Höhe von 302,2 Milliarden Euro vor, 283,4 Milliarden Euro an Einnahmen und eine Neuverschuldung von 18,8 Milliarden Euro. Mit dem vorliegenden Entwurf zielt die Bundesregierung schon im Jahr 2013 darauf ab, ein wesentliches Kriterium der Schuldenbremse einzuhalten und das strukturelle Defizit des Bundes auf 0,35% des Bruttoinlandsprodukts zurückzuführen. Auch der Stabilitäts- und Wachstumspakt wird erfüllt. Die Kreditfinanzierungsquote sinkt deutlich von 10,3% (2012) über 6,2% (2013) auf 0% (2016). Unser Konsolidierungskurs lässt sich auch am Verhältnis der Ausgaben des Bundes zur gesamten Wirtschaftsleistung des Landes (BIP) ablesen, die von 11,9% (2012) über 11,2% (2013) auf 10,8% (2016) zurückgehen.

Der Bundeshaushalt 2013 nach Ressorts

Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Das Gesamtvolumen liegt mit rund 1,65 Mrd. € etwa 74 Mio. € über dem diesjährigen Etat. Hinzu kommen 520 Mio. € aus dem Energie- und Klimafonds. Der Regierungsentwurf enthält 114 zusätzliche Stellen im Ministerium und in den nachgeordneten Behörden. Damit wird insbesondere die Umsetzung der Energiewende verstärkt.

Bildung und Forschung

Der Etat wird um weitere 800 Mio. € bzw. um 6,25% auf 13,7 Mrd. € erhöht, mit denen wir die Bildungsrepublik Wirklichkeit werden lassen. So stellt der Bund den Ländern für die Einrichtung zusätzlicher Studienplätze 1,85 Mrd. € zur Verfügung. Die Studienfinanzierung in Form von BAföG und Stipendien ist mit mehr als 1 Mrd. € abgesichert. Den Qualitätspakt Lehre stärken wir mit 200 Mio. €.

Gesundheit

Die günstige Konjunktur hat zu einem erfreulichen Zuwachs der Reserven in der Gesetzlichen Krankenversicherung geführt. Diese betragen nun rund 21,8 Mrd. €, wovon 9 Mrd. € auf den Gesundheitsfonds entfallen. Wir können daher 2013 den Bundeszuschuss für die Gesetzlichen Krankenkassen einmalig um 2 Mrd. € auf 12 Mrd. € senken.

Wirtsch. Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Einzelplan steigt auf 6,42 Mrd. €. Deutschland ist nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Geber für die internationale Entwicklungszusammenarbeit und wird damit seiner weltweiten Verantwortung in besonderer Weise gerecht. Wir sind auf gutem Wege, im Jahr 2015 die Selbstverpflichtung erfüllen zu können, 0,7% des Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen.

Bundeskanzleramt

Die Aussprache über den Etat der Kanzlerin wird für die sogenannte Generaldebatte um die grundlegenden Linien der Politik genutzt. Hier findet aber auch regelmäßig die Debatte um die sehr erfolgreiche Kunst- und Kulturpolitik des Bundes statt. Im Vergleich zu den von einmaligen Aufwüchsen bereinigten Kennzahlen des letzten Jahres erhöht sich der Kulturhaushalt leicht um 16 Mio. €.

Auswärtiges Amt

Im Regierungsentwurf sind Ausgaben in Höhe von 3,46 Mrd. € vorgesehen. Das sind 128 Mio. € mehr als in diesem Jahr. Zusätzliche Mittel fließen in Demokratisierungs- und Ausstattungshilfen sowie die Förderung des Deutschlandbilds im Ausland. Nicht zu vernachlässigen sind die Kosten für Sanierungs- und Neubaumaßnahmen deutscher

Konsulate und Botschaften weltweit, die mit fast 410 Mio. € zu Buche schlagen.

Verteidigung

Von den Gesamtausgaben in Höhe von 33,3 Mrd. € entfallen rund 1,4 Mrd. € auf die verbesserte Bezahlung der Soldaten und Tarifbeschäftigten sowie erhöhte Aufwendungen für Liegenschaften. Aufgrund der Bundeswehrreform werden die Ausgaben bis 2016 auf 32,5 Mrd. € sinken. Die sicherheitspolitischen Herausforderungen für unser Land und die von der Bundeswehr vielfach übernommenen internationalen Aufgaben lassen drastische Ausgabenkürzungen nicht zu.

Wirtschaft und Technologie

Die Ausgaben betragen erneut knapp 6,2 Mrd. €. Aufgabenschwerpunkt ist auch hier die Energiewende. Zudem werden Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf hohem Niveau fortgeführt, etwa durch neue Investitionszuschüsse für Wagniskapital in Gesamthöhe von 30 Mio. €, mit denen die Finanzierungssituation junger, innovativer Unternehmen nachhaltig verbessert werden soll. Die Gemeinschaftsausgabe regionale Wirtschaftsstruktur wird mit dem Ziel der Verstetigung um 33 Mio. € angehoben, auch vor dem Hintergrund der Schließung und Konversion von Bundeswehrstandorten.

Arbeit und Soziales

Der Regierungsentwurf sieht Ausgaben in Höhe von 118,7 Mrd. € vor. Wie in den vergangenen Jahren macht der Zuschuss an die Rentenkasse mit rund 85,1 Mrd. € den weitaus größten Ausgabenblock im Bundeshaushalt aus. Hinzu kommen 31,4 Mrd. € für den Arbeitsmarkt. Im kommenden Jahr wird der Bundeszuschuss zur Rentenversicherung als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung um rd. 1 Mrd. € gekürzt. Dennoch bleibt eine substantielle Beitragssatzkürzung möglich.

Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher

Der Etat liegt mit 5,27 Mrd. € etwa auf Vorjahresniveau. Größter Ausgabeposten bleibt mit 3,65 Mrd. € bzw. 70% aller Mittel die Agrarsozialpolitik. Neue Akzente gibt es im Bereich der Verbraucherpolitik, insbesondere hinsichtlich der Transparenz von Geldanlage und Altersvorsorge. Die Stiftung Warentest erhält für entsprechende

Maßnahmen jährlich 1,5 Mio. € zusätzlich. Überdies werden im Bereich des Tierschutzes und der Tierhaltung 5 Mio. € für Modell- und Demonstrationsvorhaben zur Verfügung gestellt.

Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die Ausgaben werden gegenüber der bisherigen Finanzplanung um 600 Mio. € auf 7,1 Mrd. € erhöht. Das liegt im Mehrbedarf beim Elterngeld und der – in allen Ressorts gegenfinanzierten – Einführung des Betreuungsgelds begründet. Zudem gibt es Ausgabenanpassungen aufgrund der hohen Nachfrage bei Jugend- und Bundesfreiwilligendienst sowie der Mittelveranschlagung für die Entschädigung missbrauchter Heimkinder in West und Ost.

Bundesministerium des Innern

Dieser Einzelplan steigt im kommenden Jahr um 6% auf 5,84 Mrd. €. Der Schwerpunkt des Haushaltsjahres liegt im Bereich der inneren Sicherheit mit 3,6 Mrd. €. Weitere Aufgabenschwerpunkte sind der Kampf gegen Rechtsextremismus, IT-Projekte für eine moderne und bürgernahe Verwaltung und – Stichwort Bundespolizei – Personalkosten.

Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Von den Gesamtausgaben von über 25,7 Mrd. € entfallen rund 13,6 Mrd. € und damit 53% auf Investitionen. Es handelt sich damit um den größten Investitionshaushalt des Bundes. Die Investitionslinie für die klassischen Verkehrsträger Straße, Schiene, Wasserstraße und kombinierter Verkehr wird auf rund 10 Mrd. € verstetigt. Auch für städtebauliche Maßnahmen wird das Programm-niveau von 455 Mio. € fortgeführt.

Schlussrunde

Zum Abschluss der ersten Lesung des Haushaltsgesetzes 2013 fand an diesem Freitag die Schlussdebatte statt, und der Haushaltsentwurf der Bundesregierung wurde in die Ausschüsse verwiesen. Hier finden nun intensive Beratungen über jeden einzelnen Posten statt, denn am Ende hat der Bundestag zu bestimmen, wofür die Regierung das Geld der Bürger ausgeben kann und soll. Verabschiedet werden soll der Haushalt 2013 am Freitag, 23. November 2012.

Klausurtagung der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg

Noch in der parlamentarischen Sommerpause kam Ende August die baden-württembergische CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zu ihrer Sommerklausur in Berlin zusammen. Einge-laden waren auch der CDU-Landesvorstand, der Vorstand der CDU-Landtagsfraktion sowie die Mitglieder der CDU-Landesgruppe im Europäischen Parlament. Die zweitägige Arbeitsklausur wurde gekrönt von einem rund zweistündigen Gespräch mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel im Kanzleramt, wo insbesondere die Themen Europapolitik, die Energiewende sowie die Finanz- und Haushaltspolitik diskutiert wurden.

Im Gespräch mit der Bundeskanzlerin kritisierte der Landesvorsitzende Thomas Strobl die Haushaltspolitik der grün-roten Landesregierung scharf. Baden-Württemberg habe nach Sachsen und Bayern heute noch mit Abstand den niedrigsten Schuldenstand pro Einwohner. Das seien günstige Voraussetzungen für eine zukunftsweisende, ehrgeizige Politik, zumal in Zeiten, in denen es dem Land ökonomisch glänzend gehe und die Steuereinnahmen auf Rekordniveau lägen. Gegenstand der Diskussionen war auch die Energiewende, auf die sich der politische Fokus vom Bund bis in die Kommunen in den kommenden Jahren richtet. Thomas Strobl dazu: „Hier gilt es einerseits, die mannigfaltigen Herausforderungen entschlossen anzupacken und andererseits die Chancen zu sehen und zu nutzen, die dieses Mammutprojekt bietet, etwa bei der Beteiligung der Bürger an Planungsprozessen oder mit Blick auf unsere Unternehmen, die ihre technische Expertise ausbauen können.“

Mit den Erneuerbaren Energien setzt sich ab sofort eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Europa-Parlaments, des Landtags und des Bundestags unter der Leitung der beiden Bezirksvorsitzenden Thomas Bareiß MdB und Andreas Jung MdB auseinander. Wenn der Landesverband im Herbst Bundesumweltminister Peter Altmaier MdB empfängt, sollen erste Ergebnisse präsentiert werden.

Zitat:

„Ich finde nur, wir haben super gearbeitet. Wenn ich mit über 80 gestartet bin, und jetzt bin ich bei 18 angekommen – war doch eine tolle Arbeit. Entschuldigung, wird man doch noch mal sagen dürfen.“

(Bundeskanzlerin Angela Merkel am Mittwoch in der Generaldebatte des Bundestages über die Haushaltspläne der schwarz-gelben Koalition für 2013. Gemeint ist der Rückgang der Neuverschuldung des Bundes.)

Schlusswort:

Als haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion freut mich dieses Sonderlob der Bundeskanzlerin natürlich besonders! Wir haben auch hart genug dafür gearbeitet!